



AUSGABE 04 | 26.01.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI II 16/2024

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Nebenbeschäftigungsverordnung – Inneres geändert wird

BGBI II 17/2024 (Anlagen)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Zahnärzte-EWR-Qualifikationsnachweis-Verordnung** 2008 geändert wird (ZÄ-EWRVO-Novelle 2023)

BGBI II 18/2024 (Anlagen)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Gesundheits- und Krankenpflege-EWR-Qualifikationsnachweis-Verordnung** 2008 geändert wird (GuK-EWRVO-Novelle 2023)

BGBI II 19/2024 (Anlagen)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Hebammen-EWR-Qualifikationsnachweis-Verordnung** 2008 geändert wird (Heb-EWRVO-Novelle 2023)

BGBI II 20/2024

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **Studienbeitragsverordnung** geändert wird

BGBI II 21/2024

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft mit der ein Heimarbeitstarif für die Be- und Verarbeitung sowie Verpackung **chemischer Erzeugnisse** durch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter erlassen wird

BGBI II 22/2024

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Vergütung der Mitglieder des Beirats Ermittlungs- und Beschwerdestelle Misshandlungsvorwürfe festgelegt wird (**Beiratsmitglieder-Vergütungsverordnung**)

BGBI II 23/2024

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über Meldungen von Herstellern von Sonderanfertigungen, von Händlern sowie von Prüf-, Inspektions- und Zertifizierungsstellen (**Medizinproduktemeldever-ordnung** 2024)

BGBI II 24/2024

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der für die A 10 Tauern Autobahn an bestimmten Freitagen und Samstagen im Winter 2024 ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge verfügt wird (Winterfahrverbotskalender A 10 2024)

BGBI III 13/2024

Entschließung Nr 417 betreffend Änderung der Artikel des Abkommens der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung

BGBI III 15/2024

Multilaterale Vereinbarung M350 nach Abschnitt 1.5.1 ADR über die Beförderung gefährlicher Güter in Maschinen, Geräten oder Gegenständen

II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzescharakter im Berichtszeitraum.

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.06.2023, E 200/2023 ua

AsylG; FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auch Achtung des Privat und Familienlebens betreffend die Rückkehrentscheidung hinsichtlich zweier Staatsangehörigen von Aserbaidschan; unzureichende Interessenabwägung durch mangelhafte Berücksichtigung der Beziehung zu in Österreich aufhältigen weiteren Familienmitgliedern und Widersprüchen hinsichtlich der Frist zur freiwilligen Ausreise

13.06.2023, <u>E 2069/2022 ua</u>

AsylG; **FremdenpolizeiG**; Verletzung im Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** betreffend Rückkehrentscheidungen hinsichtlich einer Familie von Staatsangehörigen des Irans; unzureichende Interessenabwägung durch mangelnde Berücksichtigung der Situation des minderjährigen Beschwerdeführers

05.12.2023, E 1303/2023

ZiviltechnikerG; Verletzung einer Ziviltechnikerkammer im Recht auf Selbstverwaltung wegen der Aufhebung mehrerer Beschlüsse durch die Aufsichtsbehörde; Beschlüsse des Vorstands der Kammer zur Beauftragung eines Medienunternehmens zur Erstellung eines Kommunikationskonzeptes und die Freigabe von Budgetmitteln sind – dem eigenen Wirkungsbereich zugehörige – Maßnahmen der Interessenvertretung; Zuständigkeit der Kammer zu privatrechtlichen Rechtsgeschäften auch für Ziviltechniker außerhalb des örtlichen Bereichs der Länderkammer, wenn die Maßnahme zugleich auch die Interessen der Mitglieder der anderen Länderkammern betrifft

06.12.2023, V 72/2023

Tir BauO; **Tir RaumordnungsG**; Aufhebung eines **Bebauungsplans** und eines **ergänzenden Bebauungsplans** der Gemeinde **Westerndorf** mangels Festlegung von Straßen- und Baufluchtlinien für einen Servitutsweg; keine Differenzierung zwischen öffentlichen und – dem öffentlichen Verkehr dienenden – privaten Straßen durch das Tir StraßenG; Mindesterfordernisse des Tir RaumordnungsG 2016 nicht erfüllt

06.12.2023, V 73/2023 ua

Oö BauO; Oö RaumordnungsG; Aufhebung der Änderungen eines örtlichen Entwicklungskonzeptteils und eines Flächenwidmungsteils der Gemeinde Hinterstoder mangels Grundlagenforschung und Interessenabwägung im Zeitpunkt der Beschlussfassung; kein Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen im Entscheidungszeitpunkt und keine Auseinandersetzung mit den dem Projekt entgegenlaufenden Interessen; gänzliche Aufhebung des Bebauungsplans "Peham Villa" (planerische Einheit) wegen Wegfalls seiner Grundlagen

07.12.2023, G 590/2023 ua

SicherheitspolizeiG; WaffenG; Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung einer Bestimmung des SicherheitspolizeiG und des WaffenG betreffend die Verpflichtung des Gefährders zur Teilnahme an einer Gewaltpräventionsberatung sowie das damit ex lege eintretende vorläufige Waffenverbot nach Ausspruch eines Betretungs- und Annäherungsverbots; erweiterte Rechtsfolgen nicht von Justiz- und Verfahrensgrundrecht erfasst; kein Verstoß gegen das Recht auf Freiheit und Sicherheit der – hinreichend determinierten – präventiven Administrativmaßnahmen zur Vermeidung von Gewalttaten; verwaltungsgerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Prognoseentscheidung der Sicherheitsorgane auf Grundlage der maßgeblichen dokumentierten Umstände gegeben; Verhältnismäßigkeit des vorläufigen Waffenverbots vor dem Hintergrund zunehmender Gewaltbereitschaft

13.12.2023, V 323/2023

Oö RaumordnungsG; Oö GemeindeO; Gesetzwidrigkeit einer Verordnung der Stadtgemeinde Ansfelden betreffend die Verlängerung der Erklärung eines Gebietes zum Neuplanungsgebiet zur Erstellung eines Bebauungsplans mangels Genehmigung der Verordnung durch die Landesregierung als Aufsichtsbehörde vor der Kundmachung

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

04.07.2023, Ra 2023/18/0108

AsylG; einem Fremden ist Asyl zuzuerkennen, wenn glaubhaft ist, dass ihm im Herkunftsstaat Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) droht; der VwGH stellte in diesem Zusammenhang klar, dass sich die Prüfung auf einen (ganzen) Staat bezieht und eine Einschränkung der Prüfung auf die Herkunftsregion unzulässig ist; alleine die Furcht vor der Ableistung des Wehrdiensts bzw vor den Folgen bei einer Verweigerung stellt nach Rsp des VwGH noch keine asylrelevante Verfolgung da

21.12.2023, Ro 2020/04/0018

Stmk NaturschutzG; Stmk BauG; die Befugnis und Verpflichtung der Baubehörde, Aspekte des Orts- und Landschaftsbilds aus baurechtlicher Sicht zu prüfen (im Unterschied der Prüfung einer baulichen Anlage an Hand der im Rahmen der Kompetenz "Naturschutz" zu berücksichtigenden Gesichtspunkte), ist unabhängig davon zu bejahen, ob etwa (auch) eine naturschutzrechtliche Bewilligung für das Vorhaben erforderlich ist, zumal es in Verfahren vor der Baubehörde einerseits und der Naturschutzbehörde andererseits bei Einhaltung der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung ausgehend von den den Materien zuzuordnenden unterschiedlichen Gesichtspunkten nicht um idente Aspekte und Kriterien geht; daraus folgt auch, dass eine baubehördliche Prüfung der Auswirkungen des Bauwerks auf das Landschaftsbild einen Konnex zwischen Landschaftsbild und Ortsbild voraussetzt

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 22.11.2023, LVwG-552696

WasserrechtsG; bei Vorliegen von Streitigkeiten aus dem Mitgliedschaftsverhältnis hat die Wassergenossenschaft zwingend ein Schlichtungsverfahren nach deren Satzung durchzuführen oder zumindest ernsthaft zu versuchen; erst danach begründet sich eine Zuständigkeit der Wasserrechtsbehörde und können die im Schiedsverfahren unterlegene Partei oder – im Falle des Scheiterns des Schlichtungsversuchs – beide Parteien eine Streitentscheidung nach § 85 WasserrechtsG bei der Behörde beantragen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

25.01.2024, Rs C-687/21, MediaMarktSaturn

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Auslegung der Art 5, 24, 32 und 82 – Beurteilung der Gültigkeit von Art 82 – Unzulässigkeit des Ersuchens um Beurteilung der Gültigkeit – Anspruch auf Ersatz des Schadens, der durch eine unter Verstoß gegen diese Verordnung erfolgte Verarbeitung solcher Daten eingetreten ist – Übermittlung von Daten an einen unbefugten Dritten aufgrund eines Fehlers von Mitarbeitern des für die Verarbeitung Verantwortlichen – Beurteilung der Eignung der von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen getroffenen Schutzmaßnahmen – Ausgleichsfunktion des Schadensersatzanspruchs – Auswirkung der Schwere des Verstoßes – Erfordernis des Nachweises eines durch den Verstoß verursachten Schadens – Begriff des immateriellen Schadens

25.01.2024, Rs C-474/22, Laudamotion (Renoncement à un vol tardif)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – **Verordnung (EG) Nr 261/2004** – Art 3 Abs 2 Buchst a – Art 5 Abs 1 – Art 7 Abs 1 – **Ausgleichszahlungen** für Fluggäste bei **großer Verspätung** von **Flügen** – Erfordernis des rechtzeitigen Einfindens zur Abfertigung

25.01.2024, Rs C-54/23, Laudamotion und Ryanair

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – **Verordnung (EG) Nr 261/2004** – Art 5 Abs 1 – Art 7 Abs 1 – **Ausgleichszahlungen** für **Fluggäste** bei großer **Verspätung** von **Flügen** – Zeitverlust – Vom Fluggast selbst gebuchter Ersatzflug – Fluggast, der das Endziel mit weniger als drei Stunden Verspätung gegenüber der planmäßigen Ankunftszeit erreicht – Keine Ausgleichszahlungen

25.01.2024, verb Rs C-810/21 u C-813/21, Caixabank (Prescription de remboursement des frais hypothécaires)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Kosten im Zusammenhang mit der Beurkundung eines Hypothekendarlehensvertrags – Erstattung von Beträgen, die aufgrund einer für missbräuchlich erklärten Klausel gezahlt wurden – Beginn der Verjährungsfrist des Erstattungsanspruchs

25.01.2024, Rs C-58/22, Parchetul de pe lângă Curtea de Apel Craiova

Vorlage zur Vorabentscheidung – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 50 – Grundsatz ne bis in idem – Strafverfahren gegen Unbekannt – Einstellungsbeschluss eines Staatsanwalts – Zulässigkeit eines später wegen derselben Tat gegen eine konkrete Person eingeleiteten Strafverfahrens – Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, um eine Person als wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt oder freigesprochen anzusehen – Erfordernis eingehender Ermittlungen – Fehlende Vernehmung eines möglichen Zeugen – Fehlende Vernehmung des Betroffenen als "Verdächtiger"

25.01.2024, Rs C-277/22, Global NRG

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Erdgasbinnenmarkt** – **Richtlinie 2009/73/EG** – Art 41 Abs 17 – **Erdgasfernleitungsnetz** – Nationale Regulierungsbehörde – Festsetzung der Netznutzungs- und Netzanschlussentgelte – Festsetzung der Vergütung für die vom Netzbetreiber erbrachten Dienstleistungen – Begriff "von einer Entscheidung der Regulierungsbehörde betroffene Partei" – Beschwerde gegen diese Entscheidung – **Recht** auf einen **wirksamen Rechtsbehelf** – **Art 47** der **Charta** der **Grundrechte** der **Europäischen Union**

25.01.2024, Rs C-334/22, Audi (Support d'emblème sur une calandre)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsmarke** – **Verordnung (EU) 2017/1001** – Art 9 Abs 2 und Abs 3 Buchst a bis c – **Recht aus** der **Unionsmarke** – Begriff 'Benutzung eines Zeichens im geschäftlichen Verkehr' – Art 14 Abs 1 Buchst C – **Beschränkungen** der **Wirkungen** der **Unionsmarke** – Recht des Inhabers einer Unionsmarke, sich der Benutzung eines mit der Marke identischen oder ihr ähnlichen Zeichens für Autoersatzteile durch einen Dritten zu widersetzen – Teil eines Kühlergrills, das für die Anbringung eines die Marke eines Automobilherstellers darstellenden Emblems gedacht ist

25.01.2024, Rs C-390/22, Obshtina Pomorie

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehr – Verordnung (EG) Nr 1370/2007 – Öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße – Öffentliche Dienstleistungsaufträge – Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen – Ausgleichsleistung für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen – Art 4 Abs 1 Buchst b – Obligatorischer Inhalt öffentlicher Dienstleistungsaufträge – Parameter für die Berechnung der Ausgleichsleistung für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen – Vorherige, objektive und transparente Festlegung der Parameter – Fehlende Durchführung eines wettbewerblichen Vergabeverfahrens – Anwendung der im Anhang der Verordnung (EG) Nr 1370/2007 enthaltenen Regeln für die Berechnung der Ausgleichsleistung – Im innerstaatlichen Recht vorgesehene Voraussetzungen für die Zahlung der Ausgleichsleistung – Bestimmung der Höhe der Ausgleichsleistung im Staatshaushaltsgesetz für das betreffende Jahr und Zahlung dieses Betrags an die zuständige nationale Behörde – Festlegung der Parameter für die Berechnung der Ausgleichsleistung durch Verweis auf allgemeine Vorschriften

25.01.2024, Rs C-438/22, Em akaunt BG

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wettbewerb** – **Kartelle** – **Art 101 AEUV** – Festsetzung der **Mindesthonorare** durch einen **Berufsverband** der **Rechtsanwälte** – Beschluss einer Unternehmensvereinigung – **Verbot** für ein **Gericht**, die **Erstattung** eines **unter** diesen **Mindestbeträgen** liegenden **Honorarbetrags anzuordnen** – **Wettbewerbsbeschränkung** – Rechtfertigungsgründe – Legitime Ziele – Qualität der von Rechtsanwälten erbrachten Dienstleistungen – Umsetzung des Urteils vom 23. November 2017, CHEZ Elektro Bulgaria und FrontEx International (C-427/16 und C-428/16, EU:C:2017:890) – Möglichkeit, sich bei einer bezweckten Wettbewerbsbeschränkung auf das Urteil Wouters zu berufen

25.01.2024, Rs C-481/22, Kommission/Irland (Trihalométhanes dans l'eau potable)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 98/83/EG – Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch – Art 4 Abs 1 – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die Genusstauglichkeit und Reinheit des für den menschlichen Gebrauch bestimmten Wassers sicherzustellen – Anhang I Teil B – Überschreitung der Grenzwerte für Trihalogenmethan-Konzentrationen in Trinkwasser – Art 8 Abs 2 – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, so bald wie möglich die notwendigen Abhilfemaßnahmen zur Wiederherstellung der Wasserqualität zu erlassen und deren Durchführung Priorität einzuräumen

25.01.2024, Rs C-722/22, Sofiyski gradski sad

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Justizielle Zusammenarbeit** in **Strafsachen** – **Rahmenbeschluss 2005/212/JI** – Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten – Art 1 dritter Gedankenstrich – Begriff Tatwerkzeug – Art 2 Abs 1 – **Verpflichtung** der **Mitgliedstaaten**, **Maßnahmen** zu **ergreifen**, um die **Einziehung** von **Tatwerkzeugen** aus **Straftaten** zu ermöglichen – Fahrzeug, das zur Beförderung von verbrauchsteuerpflichtigen Waren verwendet wird, die widerrechtlich nicht mit Steuerzeichen versehen sind

B. SCHLUSSANTRÄGE

25.01.2024, verb Rs C-112/22 u C-223/22, CU (Assistance sociale - Discrimination indirecte) (GA Pikamäe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/109/EG – Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen – Art 11 Abs 1 Buchst d – Gleichbehandlung – Sozialhilfe – Voraussetzung des Wohnsitzes von mindestens zehn Jahren ohne Unterbrechung in den letzten beiden Jahren

25.01.2024, Rs C-436/22, ASCEL (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 92/43/EWG – Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Strenges Schutzsystem für die in Anhang IV Buchst a genannten Tierarten – Wolf (Canis lupus) – Räumliche Grenzen des strengen Schutzes – Entnahme aus der Natur und Nutzung von Exemplaren der wildlebenden Tierarten des Anhangs V Buchst a – Regionaler Plan zur Nutzung des Wolfes in Jagdgebieten – Bewertung des Erhaltungszustands der Populationen der betreffenden Art – Folgen eines ungünstigen Erhaltungszustands

25.01.2024, Rs C-622/22, Kommission/Malta (Services de liaison de données aéronautiques) (GA Sánchez-Bordona)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Luftverkehr** – **Verordnung (EG) Nr 29/2009** – Verpflichtung, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass eine von Malta benannte Flugsicherungsorganisation Art 3 Abs 1 dieser Verordnung nachkommt – **Flugsicherungsstellen** – **Erbringung** und **Betrieb** von **Datalink-Diensten** – Fehlende Rechtfertigung der Verzögerung

25.01.2024, Rs C-743/22, DISA (GA Rantos)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Besteuerung** von **Energieerzeugnissen** und **elektrischem Strom** – **Richtlinie 2003/96/EG** – Art 5 – **Verbrauchsteuer** auf **Mineralöle** – Regionaler Verbrauchsteuersatz für Mineralöle zusätzlich zum nationalen Verbrauchsteuersatz – Staffelung der Verbrauchsteuersätze im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats in Abhängigkeit von der Region, in der die Ware verbraucht wird

25.01.2024, Rs C-753/22, Bundesrepublik Deutschland (Effet d'une décision d'octroi du statut de réfugié) (GA Medina)

Vorabentscheidungsersuchen – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Gemeinsame Asylpolitik** – Entscheidung eines Mitgliedstaats über die **Zuerkennung** der **Flüchtlingseigenschaft** – **Gefahr**, in diesem Mitgliedstaat eine **unmenschliche** oder **erniedrigende Behandlung** zu erfahren – Folgen für den neuen, in einem anderen Mitgliedstaat gestellten Antrag auf internationalen Schutz – Prüfung dieses neuen Antrags durch den anderen Mitgliedstaat – **Ermittlung** einer **möglichen extraterritorialen Bindungswirkung** der Entscheidung über die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft – **Gegenseitige Anerkennung** – **Informationsaustausch**

25.01.2024, Rs C-757/22, Meta Platforms Ireland (Action représentative) (GA De la Tour)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 12 Abs 1 Satz 1 – Transparente Information – Art 13 Abs 1 Buchst c und e – Informationspflicht des Verantwortlichen – Art 80 Abs 2 – Vertretung betroffener Personen durch einen Verband zur Wahrung von Verbraucherinteressen – Verbandsklage ohne Auftrag und unabhängig von der Verletzung konkreter Rechte einer betroffenen Person – Auf eine Verletzung der Informationspflicht des Verantwortlichen gestützte Klage – Begriff "Verletzung der Rechte einer betroffenen Person 'infolge einer Verarbeitung'

C. GERICHT

24.01.2024, Rs T-602/22, Veritas/Kommission

Zugang zu Dokumenten – **Verordnung (EG) Nr 1049/2001** – Dokument, das im Rahmen eines EU-Pilotverfahrens zur Erstattung der Mehrwertsteuer übermittelt wurde – Aus einem Mitgliedstaat stammendes Dokument – Verweigerung des Zugangs – Vorherige Zustimmung des Mitgliedstaats – **Ausnahme** zum **Schutz** von **Gerichtsverfahren** – **Begründungspflicht**

24.01.2024, Rs T-347/21, Hypo Vorarlberg Bank/CRU

Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge – Begründungspflicht – Anspruch auf rechtliches Gehör – Grundsatz der Rechtssicherheit – Anspruch auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz – Einrede der Rechtswidrigkeit – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

24.01.2024, Rs T-348/21, Volkskreditbank/SRB

Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge – Begründungspflicht – Anspruch auf rechtliches Gehör – Grundsatz der Rechtssicherheit – Anspruch auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz – Einrede der Rechtswidrigkeit – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

24.01.2024, Rs T-409/21, Deutschland/Kommission

Staatliche Beihilfen – Beihilfen durch bestimmte Vorschriften des geänderten deutschen Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes – **Reform** der **Regelung** zur **Förderung** der **Kraft-Wärme-Kopplung** – Beschluss, mit dem die Beihilfen für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden – Begriff der "staatlichen Beihilfe" – Staatliche Mittel

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

18.01.2024, Beschwerde Nr 12510/18, Dabo/Schweden

Keine Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Ablehnung des Antrags auf Familienzusammenführung eines Flüchtlings, der die Unterhaltspflicht nicht erfüllte und den Antrag außerhalb der dreimonatigen Ausnahmefrist stellte; breiter Ermessensspielraum, der den Mitgliedstaaten bei der Entscheidung über die Anwendung einer solchen Bedingung eingeräumt werden muss; Bf konnte jederzeit einen neuen Antrag auf Familienzusammenführung stellen und hatte gute Aussichten, die Unterhaltspflicht in Zukunft erfüllen zu können; Gesetzesänderungen, die eine vollständige oder teilweise Befreiung von der Unterhaltspflicht aus "besonderen Gründen" ermöglichen; gerechter Ausgleich zwischen den konkurrierenden Interessen, die auf dem Spiel stehen; keine Überschreitung des Ermessensspielraums

18.01.2024, Beschwerde Nr 17780/18, Ismayilzade/Aserbaidschan

Keine Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Verweigerung der Eintragung des von der Bf für ihr neugeborenes Kind gewählten Vornamens; Beschwerde der Bf vor drei Instanzen verhandelt; begründete Urteile; weiter Beurteilungsspielraum; unter den gegebenen Umständen kein Grund, die Schlussfolgerungen der inländischen Behörden in Frage zu stellen; die Unannehmlichkeiten reichen nicht aus, um auf eine Missachtung der Rechte der Bf nach Art 8 zu schließen

18.01.2024, Beschwerde Nr 20725/20, Allée/Frankreich

Verletzung von Art 10 EMRK (Freiheit der Meinungsäußerung); strafrechtliche Verurteilung der Bf wegen öffentlicher Verleumdung im Anschluss an Vorwürfe der Belästigung und des sexuellen Angriffs gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der Vereinigung, bei der sie angestellt war, die per E-Mail an sechs Personen gerichtet waren; übermäßig restriktiver Ansatz der nationalen Gerichte, die den öffentlichen Charakter der E-Mail im Sinne des eng ausgelegten Gesetzes anerkannten; Notwendigkeit im Hinblick auf Art 10, Personen, die sich als Opfer von Mobbing oder sexuelle Belästigung sehen, angemessenen Schutz zu gewähren; nationale Gerichte haben der Bf eine übermäßige Beweislast auferlegt, indem sie es abgelehnt haben, den Begriff der ausreichenden Tatsachengrundlage und die Kriterien von Treu und Glauben an die Umstände des Fall s anzupassen; begrenzte Auswirkungen der E-Mail auf den Ruf des angeblichen Angreifers; abschreckende Wirkung der strafrechtlichen Verurteilung; Fehlen eines vernünftigen Verhältnisses der Verhältnismäßigkeit

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz. **Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.* **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.